

SSV Rantzau: 5.000,- Euro Zuschuss gestrichen

Die Stadtvertretung strich in diesem Jahr dem SSV Rantzau den Zuschuss zur Generalüberholung der Sportplätze an der Dusterlohe. Der Verein erbringt über eigene Mittel und ehrenamtlichen Arbeitseinsatz jährliche Unterhaltungsleistungen auf den beiden Sportplätzen im Umfang von mehr als 40.000,-Euro. Dazu gab es in den Vorjahren einen städtischen Zuschuss von rd. 5.000,- Euro. Dieser ist jetzt gestrichen. Allein die BALL-Vetreter Herbert Flick und Henrik Pünner stimmten im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport für die Beibehaltung des Zuschusses.



Rohre nach Nirgendwo: 20.000,- Euro in den Sand gesetzt

Erster Akt: Im letzten Jahr beschloss eine knappe Mehrheit von CDU, SPD sowie eines FWB-Vertreters die Verlegung von Versorgungsleitungen im Rahmen des Ausbaus der K2 zwischen Lutzhorn und Barmstedt. Die Versorgungsleitungen waren für ein nicht vorhandenes Gewerbegebiet an der K18 gedacht und sollten im ersten Bauabschnitt rd. 100.000,- Euro kosten. Die BALL-Fraktion sowie je ein/e Stadtvertreter/in von SPD, Grünen und FWB lehnten diesen spekulativ-riskanten Umgang mit Geldern der Stadt ab.

Zweiter Akt: Dann wurde erneut von Seiten der Landesbehörden erklärt, dass es keine weitere Zersiedelung der Landschaft und somit auch kein Gewerbegebiet an der K18 gibt. Daraufhin wurde die Verlegung der Rohre gestoppt. Es war jedoch inzwischen ein Schaden von 18.174,- Euro entstanden.

Letzter Akt: Statt abzusprechen, wer nun diese 18.174,- Euro an Schaden zu tragen hat – Stadt oder Stadtwerke: das ist letztlich einerlei -, gibt die Bürgermeisterin ein Rechtsgutachten in Auftrag, um dies zu klären. Das Gutachten enthielt viel Unverständliches, war überflüssig und kostete rd. 1.500,- Euro extra. Somit wurden insgesamt rd. 20.000,- Euro in den Sand gesetzt.

Schulden der Städte sind die nicht gezahlten Steuern der Konzerne und Superreichen

Die Stadtvertretung beschloss auf ihrer Februarsitzung den Haushalt der Stadt für das Jahr 2015. Ein Antrag der CDU-Fraktion auf pauschale Kürzung aller Ausgaben, für die es keine vertraglichen Verpflichtungen gibt, war zuvor abgelehnt worden.

Die BALL-Fraktion begründete ihre Haushaltsablehnung u. a. wie folgt: „Der städtische Haushalt geht von einem Defizit im laufenden Jahr von 4.3 Mio. Euro aus. Die Schulden werden am Ende des Jahres bei rd. 20 Mio. Euro liegen. Eigentlich ist das reale Defizit der Stadt noch um gut eine weitere Million größer, würden nicht unsere Stadtwerke über Gewinnabführung, Konzessionsabgabe und weitere Leistungen für die Stadt große Löcher stopfen.“

Nicht nur Barmstedt, zahllose Gemeinden in der Bundesrepublik sind hoch verschuldet. Die Hauptursache ist, dass die Gemeinden zu viele Aufgaben zu bewältigen haben und dafür seit langem insgesamt viel zu geringe Steueranteile vom Gesamtsteueraufkommen erhalten. Die Probleme sind dann noch umso größer, je mehr die Gemeinden in strukturschwachen Gebieten leben und mehr Einwohner mit geringeren Einkommen haben, wie es auch in Barmstedt der Fall ist.

Zur Erinnerung: In Schleswig-Holstein haben die jeweiligen Landesregierungen mit CDU, FDP, SPD und Grünen seit 2007 den Gemeinden durch die damalige starke Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs mehrere Hundert Mio. Euro weggenommen.

Das neue Finanzausgleichsgesetz der Landesregierung brachte für Barmstedt immerhin eine bessere Finanzausstattung von rd. 200.000,- Euro - aber angesichts des Haushaltsdefizits ist das nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wenn hier in Barmstedt überlegt wird, ob mit der Einführung von Parkgebühren, der Verkürzung der Laufzeit von Ampeln oder der Erhebung von Sporthalgebühren die Haushaltslage verbessert werden kann, so ist das rührend, bringt real nahezu nichts und vernebelt in erster Linie die tatsächlichen Ursachen.

Eine zentrale Ursache für die Finanznot ist u. a., dass dem Staat eklatante Steuereinnahmen entgehen. Wir reden noch nicht einmal über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder die überfällige Erhöhung der Einkommenssteuer für Millionen-einkommen zumindest auf das Niveau wie zu Zeiten von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Man kann auf der Homepage der EU-Kommission nachlesen:



„Wie groß ist das Problem des Steuerbetrugs und der Steuerhinterziehung?“ Dann weiter: „Riesige Summen gehen aufgrund von Steuerhinterziehung oder Steuerumgehung verloren.“

Schätzungen belaufen sich auf rund 1 Billion Euro jährlich. Den öffentlichen Haushalten in der Bundesrepublik gehen dabei rd. 190 Milliarden Euro jährlich verloren. Der Staat in der politischen Verantwortung von CDU/CSU und SPD zeigt dabei eine auffällige Passivität bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung bzw. der Stopfung von legalen Steuerfluchtlochern. Wenn

nur die Hälfte dieser 190 Mrd. Euro in die Gemeindekassen fließen, hätte Barmstedt jährlich mehr als 10 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Statt 4 Mio. Euro Defizit gäbe es einen Haushaltsüberschuss von 6 Mio. Euro. Eine andere Politik ist möglich. Diese muss durchgesetzt werden, wenn man die Finanznot der Gemeinden überwinden will, aber auf einen solchen Politikwechsel müssen noch sehr viel mehr drängen, die sich in der Not befinden. Die BALL ist auf örtlicher Ebene dabei.“

Und weiterhin: „Im Grundgesetz und in der Gemeindeordnung

ist verankert, dass den Gemeinden das Selbstverwaltungsrecht zugestanden wird. Dort, wo eine Stadt wie Barmstedt nur wählen kann, ob sie Leistungen für die Bürger zusammenstreicht oder diesen immer mehr aus der Tasche zieht, gibt es faktisch kein Selbstverwaltungsrecht. Das akzeptiert die BALL nicht, und so werden wir aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus einem Haushalt mit dieser viel zu geringen Finanzausstattung durch Land und Bund, für die CDU/CU, SPD und Grüne politisch verantwortlich sind, nicht zustimmen.“

Konkrete Schritte zur Beendigung des Krieges vereinbart:

Endlich Waffenruhe in der Ukraine

In Regierungsberaterkreisen der USA wird die Ukraine als eines der geostrategisch bedeutsamsten Territorien für den Erhalt der US-Weltmachtposition bezeichnet. Auf wirtschaftlichem Gebiet sei die Ukraine wegen der Gaspipelineverbindungen für Russland und West-Europa gleichermaßen wichtig, vorausgesetzt, beide kooperieren. Dies möchten die USA zukünftig unmittelbar beeinflussen können. Militärisch zielen Washingtons Pläne aber auf die Stationierung neuer US-Raketen vor der russischen Haustür ab. Beide Ziele sind nicht deckungsgleich mit den Interessen der West-Europä-

er. Deutschland und Frankreich haben bisher erfolgreich die US-Pläne zur Aufnahme der Ukraine in die US-geführte NATO blockiert. Auf den NATO-Gipfeltreffen 2008 in Bukarest und 2009 in Strassbourg musste Washington zurückstecken. 2010 schafften es Berlin und Paris eine weitere NATO-Osterweiterung für unbestimmte Zeit zu vertagen. Wie inzwischen US-Präsident Obama öffentlich erklärt hat, war dann der nationalistisch geprägte Maidan-Umsturz in Kiew von langer Hand vorbereitet worden, um auf diesem Wege amerikanische Interessen in Osteuropa durchzusetzen. Die neue ukrainische Regie-

rung setzte dann im April 2014 die Armee gegen den östlichen Landesteil Donezk und Lugansk ein, die den Umsturz in Kiew nicht anerkannten und selbständige Volksrepubliken ausgerufen haben. So eskalierte der Konflikt zum Bürgerkrieg, dem bisher wohl über 5000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Im September 2014 konnten sich im weißrussischen Minsk die Staats- und Regierungschefs aus der Ukraine, Deutschland, Frankreich, Russland sowie Vertreter der ostukrainischen Rebellen endlich auf einen Waffenstillstand einigen, der aber viele Fragen offen ließ und mangels

ausreichender Kontrollmöglichkeiten von den Konfliktparteien nicht eingehalten wurde. Dies soll mit den tiefergreifenderen Vereinbarungen, die auf dem 2. Krisengipfel am 15. 2. 2015 erzielt wurden, anders werden. Das Abschlussdokument des Minsker Gipfels, mit dem das Abkommen vom September konkreter umgesetzt werden soll, sieht einen Plan mit 13 Punkten vor. Danach wurde die Waffenruhe ab dem 15.2.2015 angesetzt. Anschließend soll der Abzug der schweren Waffen aus der aktuellen Kampfzone beginnen und eine noch breitere Pufferzone eingerichtet werden. Die Organisation

für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überwacht die Waffenruhe und den Abzug der Waffen mit Hilfe von Satellitenaufnahmen und Drohnen. Das Parlament in Kiew muss sich über die Autonomie mit den Regionen der Gebiete von Lugansk und Donezk einigen und eine neue Verfassung beschließen. Eine gesetzliche Amnestieregelung soll vor Strafverfolgung schützen. Humanitäre Hilfsleistungen und Zahlungen von Renten und Steuern sollen wieder aufgenommen werden. Die Ukraine soll bis Ende des Jahres die Kontrolle über die Grenzen zu Russland übernehmen. Wahlen in der Ostukraine sollen unter Aufsicht der OSZE durchgeführt werden. Eine Kontaktgruppe soll in regelmäßigen Zusammenkünften die Umsetzung des Planes kontrollieren.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name _____

Vorname _____

Straße _____

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Auch die Barmstedter Stadtvertretung sagt:

NEIN zu TTIP und CETA!

Auf der Dezember-Stadtvertreterversammlung schlug die BALL-Fraktion vor, dass auch die Barmstedter Stadtvertretung sich den europaweiten Protesten gegen den geplanten Abschluss der Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) bzw. der EU und den USA (TTIP) anschließen sollte. Zuvor hatte auch der Pinneberger Kreistag eine entsprechende Protestresolution verabschiedet. Europaweit unterstützen inzwischen mehr als 1,5 Millionen Menschen sowie zahlreiche Verbände und Organisationen eine europäische Bürgerinitiative gegen TTIP. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben eine ausführliche Kritik verfasst. Jetzt schloss sich auch die Stadtvertretung den Protesten an. Der Resolutionsentwurf der Verwaltung orientierte sich an der Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände, die CDU-Fraktion hatte eine inhaltlich weitgehend identische gekürzte Fassung vorgelegt, die dann letztlich mit kleinen Ergänzungen einstimmig verabschiedet wurde.

Die BALL-Fraktion gab u. a. folgende Erklärung ab: „Die Kritik an TTIP und CETA richtet sich vor allem dagegen, dass die

EU-Kommission in geheimen Sitzungen zusammen mit den Vertretern der multinationalen Konzerne Abkommen auskunktelt, die den Konzernen zügelloses Agieren ermöglicht und die Rechte der gewählten Volksvertretungen und damit die Demokratie beschneidet.

■ TTIP sieht vor, dass Konzerne „freien Marktzugang“ zu nahezu allen Lebensbereichen erhalten müssen. Kommunale, gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen dürften keine andere staatliche Unterstützung erhalten wie

private Unternehmen, die in dem Bereich tätig sind. Es drohen somit z. B. die völlige Privatisierung der Wasserversorgung, der Abfallentsorgung, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens und der Kultur.

■ Krasser: Wenn die Privatisierung z. B. von Universitäten, Theatern oder Krankenhäusern erfolgt ist, so soll dies nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Dies bedeutet, dass ein neu gewähltes Parlament in seinen Rechten beschnitten wird.

■ Krasser: Die Konzerne sollen



gegen Staaten auf entgangene Profite vor geheimen privaten Schiedsgerichten klagen können, wenn sie sich aufgrund von Arbeitnehmerrechten oder Umweltschutzstandards in ihrer Profitgier beeinträchtigt sehen. Z. B.: Wenn Fracking verboten oder erschwert wird durch politische Beschlüsse in Schleswig-Holstein, können die Konzerne auf entgangene Profit vor ihren eigenen Schiedskommissionen klagen.

■ Krasser: Bevor Parlamente Gesetze beschließen, muss ein Supergremium der Konzerne informiert werden, ob das geplante Gesetz eventuell den „freien Handel“ – sprich: die Profite – beeinträchtigt („regulatorische Zusammenarbeit“). Diese Berichtspflicht war zunächst sogar für die kommunale Ebene angedacht. Das hätte u. U. bedeutet, dass die Stadt Barmstedt dieses Supergremium informieren müsste, wenn die Stadtwerke das Glasfasernetz weiter ausbauen wollten oder wenn die Stadt das kommunale Seniorenheim stärker subventionieren wollte.

Durch den öffentlichen Druck mußten jetzt Teile der Verhandlungsergebnisse veröffentlicht werden. Während Kanzlerin Merkel noch jüngst in Davos für TTIP eintrat, beginnt SPD-Wirtschaftsminister Gabriel, der im Gegensatz zu Beschlüssen seiner eigenen Partei sich vor kurzem noch klar zum CETA-Abkommen bekannte, zu lavieren. Seien wir realistisch:

Stolperstein AG Barmstedt: Grabsteine gegen das Vergessen

Im August 2014 weihte die Stolperstein AG auf dem Barmstedter Friedhof eine Gedenktafel ein, mit der soll die Erinnerung an die Zwangsarbeiter und deren Kinder erhalten bleiben, die unter den menschenverachtenden Lebensbedingungen litten und besonders an die 12 jungen Menschen erinnern, die es in Barmstedt nicht schafften, die Zwangsarbeit oder ihre Folgen zu überleben. Auf dem Friedhof wurden folgende Menschen beerdigt:

Rene Pauwels (Belgien).....	22 Jahre.....	1943 gestorben
Benedikt Satorwski (Polen).....	18 Jahre.....	1941 gestorben
Stanislawa Lewandowski (Polen).....	17 Jahre.....	1941 gestorben
Adna Polewczyk (Polen).....	7 Jahre.....	1943 gestorben
Iwan Dedoscha (Russland).....	2 Jahre.....	1943 gestorben
Valentina Dedoscha (Russland).....	3 Jahre.....	1944 gestorben
Emma Tschelowitzke (Russland).....	3 Mon.....	1944 gestorben
Maria Kuptowska (Polen).....	1 Jahr.....	1944 gestorben
Frawczynska (Polen).....	18 Tage.....	1944 gestorben
Adam Plaszyk (Polen).....	2 Jahre.....	1945 gestorben
Ludmilla Pronina (Russland).....	7 Wochen.....	1945 gestorben
Elisabeth Sledziewska (Polen).....	2 Mon.....	1945 gestorben

Die Grabsteine mit den Namen der Verstorbenen wurden in den 1990er Jahren, gegen internationale Rechtsvorschriften, widerrechtlich abgeräumt und entsorgt. Die Stolperstein AG will eine vollständige Wiederherstellung der Gräber erreichen und setzt sich für die Aufstellung neuer Grabsteine ein.

Die EU-Kommission und die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung vertreten im Zweifelsfall die In-

teressen der großen Konzerne, es sei denn, dass die europaweiten Proteste noch stärker werden.“

Keine Sportstättennutzungsgebühren für 2015:

Erfolgreiche Gegenwehr

Am 10. Februar hat die Stadtvertretung mehrheitlich beschlossen, dass mit den Barmstedter Vereinen „ergebnisoffen“ über eine Sporthallen- bzw. Sportstättennutzungsgebühr (für den Erwachsenensport) verhandelt werden soll.

Damit wurde immerhin die Erhebung von Sportstättenge-

bühren in diesem Jahr gestoppt. Der zuständigen Ausschuss für Kultur, Schule und Sport hatte zuvor mit knapper Mehrheit beschlossen keine Sportstättennutzungsgebühren zu erheben. FWB (2), BALL (2) und ein SPD-Vertreter stimmten gegen Sportstättennutzungsgebühren; eine SPD-Vertreterin, CDU (2) und Grüne (1) waren ande-

rer Meinung.

Sportliche Betätigung mag ein privates Vergnügen sein; sie hat gleichzeitig eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. Die Barmstedter Sportvereine haben in Stellungnahmen ausführlich darauf hingewiesen. Einige Stichworte: Sport ist aktive Gesundheitsfürsorge. Sport bietet insbesondere Kindern

und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Sport ermöglicht und fördert soziale Kontakte und trägt dazu bei, dass Neubürger aus dem In- und Ausland schnell Anschluss finden und nicht ausgegrenzt werden. Nicht zuletzt sorgen sportliche Veranstaltungen für die Attraktivität unserer Stadt und dafür, dass viele Besucher nach Barmstedt kommen.

Der größte Teil dieser Arbeit wird ehrenamtlich geleistet, und es ist keineswegs so, dass die Mitgliedschaft in einem Sportverein kostenlos ist. Er-

wachsene Mitglieder zahlen im BMTV 13 Euro im Monat (eine Reihe von Sparten erheben zusätzlich einen Sonderbeitrag; beim SSV Rantzaу beträgt der Monatsbeitrag für Erwachsene 12 Euro, und jedes erwachsene Mitglied hat drei Arbeitsstunden für den Verein zu leisten. In beiden großen Vereinen zahlen Kinder und Jugendliche sieben Euro pro Monat. Trainer und Eltern tragen die Fahrkosten zu Wettkämpfen auswärts, und mit vielen Tausend Stunden ehrenamtlichem Einsatz werden öffentliche Veranstaltungen or-

ganisiert oder – wie beim SSV Rantzaу – die Sportanlagen unterhalten.

Die Barmstedter Sportler können sich darauf verlassen, dass die BALL auch weiterhin konsequent Sportstättennutzungsgebühren ablehnen wird. Die Beiträge müssen bezahlbar bleiben.

Das Thema ist allerdings noch keineswegs vom Tisch – auch in Zukunft sollten die Vereinsmitglieder ihre berechtigten Interessen aktiv vertreten, wie sie es in den letzten Wochen erfolgreich getan haben.

Finanzsituation im Seniorenheim Barmstedt/Rantzaу:

Nicht den Ast absägen, auf dem man sitzt!

Auf der Hauptausschusssitzung am 26.1.2015 gab die Bürgermeisterin einen ausführlichen Bericht zum Seniorenheim des Zweckverbandes. Dazu nahm BALL-Fraktions Sprecher Dr. Günter Thiel u. a. wie folgt Stellung: „Das kommunale Seniorenheim ist ein vergleichsweise sehr gutes Heim, mit hohem Ansehen in der Bevölkerung und sehr guten Beurteilungen durch den Medizinischen Dienst. Dies ist ganz wesentlich ein Verdienst der Belegschaft und der Heimleitung. Es gibt einen stabilen Mitarbeiterstamm, relativ wenig Wechsel und wenig Leiharbeit. Zur hohen Stabilität tragen die tariflichen Arbeitsverhältnisse

nach dem TVÖD bei. Nun hat es im Jahr des Umzugs hohe Verluste gegeben. Diese Verluste sind durch erfolgreiche Massnahmen erheblich reduziert worden, u. a. durch die sehr hohe Belegung, durch Pflegesatzerhöhungen und Einsparungen im Personalbereich von über 80.000,- Euro. In 2015 wird mit einem Jahresverlust von rd. 305.000,- Euro kalkuliert. Diesem Defizit stehen allerdings sehr hohe Abschreibungen gegenüber, so dass aus dem laufenden Betrieb das Heim nahezu kostendeckend arbeitet.

Bleibe es bei diesem Defizit von rd. 300.000,- Euro, so hätte die Stadt Barmstedt davon rd. 200.000,- Euro zu tragen. Die



BALL ist der Auffassung, dass dies nicht zu viel ist für eine gute soziale Einrichtung für ältere und pflegebedürftige Men-

schen. Andere wichtige soziale und kulturelle Einrichtungen - KITAS, Jugendzentrum, Stadtbücherei usw. - erfordern alle Zu-

schüsse der Stadt, und so sollte man auch ein nicht-profitorientiertes Seniorenheim verstehen: als wichtige soziale Einrichtung.“

Weiterhin hiess es in der BALL-Stellungnahme: „Viele der im Bericht angesprochenen Massnahmen sind richtig, so die Suche nach Umfinanzierungsmöglichkeiten, um die hohe Zinslast zu senken – oder erneute Pflegesatzverhandlungen. Wir würden auch attraktive Modelle der Altersteilzeit anregen. Wir sind aber überhaupt nicht damit einverstanden, wenn jetzt mehr oder minder offener Druck auf die Belegschaft ausgeübt wird, damit diese auf Gehaltsanteile verzichten. Im Rathaus soll von den TVÖD-Angestellten auch keiner auf Gehaltsbestandteile verzichten, weil das Defizit der Stadt so hoch ist! Bei den Stadtwerken kam es zurecht von Seiten der Belegschaft mit Unterstützung durch verdi zu erheblichen Protesten, als tarifliche Verschlechterungen angedacht wurden. Tarifverträge sind einzuhalten.“